

jungen Menschen Unverständnis und eine Reihe negative und feindliche Einflüsse ein, mit denen sie allein nicht fertig wurde. Diejenigen, welche ihr hätten raten und helfen können, Genossen der Partei, standen abseits, wußten nicht, was Gisalinde bedrückte und warum sie ihre Kandidatenzeit überschritt. Die Kollegin war erstaunt, als jetzt zum erstenmal ein Parteimitglied mit ihr über ihre Sorgen und Schwierigkeiten sprach.

Auch in anderen Betrieben bestätigten einige Kandidaten, daß sich die Parteileitungen zu wenig um sie kümmern.

#### **Die ideologisch-politische Erziehung nicht vernachlässigen**

Im IFA-Schlepperwerk, Nordhausen, arbeitet die Genossin Ellen M., die ihre Kandidatenzeit nun über ein Jahr überschritten hat. Sie kam als Umsiedlerin zu uns und hat lange Zeit die Bedeutung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze nicht verstanden. Sie hat auch längere Zeit gebraucht, um mit Überzeugung Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu werden. In den Mitgliederversammlungen hat sie sich nicht getraut, offen über die Fragen, die ihr Schwierigkeiten bereiten, zu diskutieren. Weil sie sich in diesen Fragen unklar war, hat sie auch nach Ablauf der normalen Kandidatenzeit keinen Antrag um Aufnahme als Mitglied gestellt. Erst nachdem mit ihr in der letzten Zeit persönlich und geduldig diskutiert wurde, war sie mit Freuden bereit, Mitglied der Partei zu werden.

#### **Die Kandidaten an die Parteiarbeit heranführen**

In den Betriebsparteiorganisationen der VEB Pels, IFA, EMW und dem Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“ stellte es sich heraus, daß unsere Kandidaten kaum Partei-aufträge erhalten haben und nicht in die Arbeit zur Vorbereitung des 1. Mai, des Deutschlandtreffens, der Pressewerbung usw. einbezogen waren. Statt ihnen entsprechend ihren Fähigkeiten Parteaufträge zu erteilen, sie zur praktischen Arbeit anzuhalten und ihnen Gelegenheit zu geben, sich in der Massenarbeit zu bewähren, überließ man es der eigenen Initiative der Kandidaten, sich in die Parteiarbeit hineinzufinden. Trotz dieser Mängel leisteten viele Kandidaten eine gute Arbeit. Um wieviel besser wäre sie, wenn die Parteileitungen diese Arbeit lenken und organisieren würden!

#### **Die Bürgen müssen sich verantwortlich fühlen**

Nur in wenigen Fällen bedienen sich die Parteileitungen der Bürgen oder Paten, um den Kandidaten auf die Mitgliedschaft vorzubereiten. Viele Bürgen sind der Ansicht, daß sie ihre Pflicht erfüllt haben, wenn sie ihre Bürgschaftserklärung abgegeben haben. Im Betrieb Pels ist z. B. der 2. Sekretär folgender Ansicht: Der Bürge ist für die saubere Vergangenheit des Kandidaten verantwortlich, und seine Aufgabe ist mit der Abgabe der Bürgschaftserklärung abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an hat die Parteiorganisation für den Kandidaten einen Paten zu stellen. Dieselbe falsche Auffassung wird auch in der Bezirkszeitung „Das Volk“ in dem Artikel vom 10. Dezember 1953 „Die besten Arbeiter werden unsere Partei stärken“ vertreten. Der betreffende Artikel, der gute Beispiele der Betriebsparteiorganisation des VEB Funkwerk Erfurt bei der planmäßigen Gewinnung von Kandidaten, bei der Hilfe der Parteiorganisation für den Kandidaten usw. verallgemeinert, übergeht die Frage

des Bürgen und fordert von den Grundorganisationen „... für jeden Kandidaten einen Paten einzusetzen, dem die Aufgabe gestellt ist, sich ständig um ihn zu kümmern.“ Richtig und gut sind Paten zweifellos dann, wenn die Bürgen nicht zu der Parteiorganisation des Kandidaten gehören, oder wenn der Bürge aus anderen Gründen nicht in der Lage ist, den Kandidaten anzuleiten und ihm zu helfen. Die Anleitung des Kandidaten durch den Bürgen bzw. Paten hebt die Verantwortung der Parteileitung für die Entwicklung des Kandidaten nicht auf, sondern verpflichtet sie außerdem, die Arbeit dieses Bürgen oder Paten zu beachten.

#### **Den Kandidaten beim Ausstellen der Aufnahmeunterlagen helfen**

In vielen Fällen stellt es sich oft erst in der Kreisleitung heraus, daß die Aufnahmeunterlagen große Lücken aufweisen, daß Schriftstücke fehlen, daß Bürgschaftserklärungen unzureichend sind usw. Diese Unterlagen müssen zurückgegeben werden. Im Betrieb Pels verzögerte sich aus diesem Grunde die Aufnahme der Kandidaten Stoll, Klose und Ruz um rund ein halbes Jahr.

Unverantwortlich handeln die Parteiorganisationen, die trotz lückenhafter Unterlagen die Aufnahme beschließen, wie es z. B. die Grundorganisation TEWA, Thal im Kreis Eisenach, tat. Im Januar 1952 beschloß diese Grundorganisation die Aufnahme des Genossen Hartig, im August 1953 füllten der Kandidat und die Parteileitung die Aufnahmeunterlagen aus, und erst im April 1954 gingen der Kreisleitung die vollständigen Aufnahmeunterlagen zu. So wird durch das Verhalten der Grundorganisation außer der unzulässigen Überschreitung der Kandidatenzeit die Wachsamkeit verletzt und das Partiestatut nicht eingehalten. Die Parteileitung soll nicht nur dafür sorgen, daß die Unterlagen sorgfältig ausgefüllt und rechtzeitig behandelt werden, sondern sie muß auch gewissenhaft mit ihnen umgehen. So gingen z. B. die Aufnahmeunterlagen der Genossen Ilse B., VEB IFA, und Werner J., VEB Pels, „verloren“. Die Unterlagen des Genossen Robert P. z. B. wurden nach vielen Monaten im Schreibtisch des damaligen Parteisekretärs wiedergefunden. Die Genossen, die mit wichtigen Materialien der Partei so sorglos und leichtsinnig umgehen, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

#### **Aufnahmen in die Partei sorgfältig vorbereiten**

Wenn die Parteileitung die Aufnahmeunterlagen sorgfältig prüft, wenn sie alle unklaren Fragen aus dem Leben und der Arbeit des Kandidaten in Leitungssitzungen und persönlichen Aussprachen mit ihm klärt, wenn sie die Mitgliederversammlung zu seiner Aufnahme gut vorbereitet, dann wird auch dieser denkwürdige Tag im Leben des Kandidaten in würdiger Form verlaufen. Bereitet die Parteileitung die Aufnahme in die Partei so vor, dann kann es nicht Vorkommen, daß Kandidaten mit Bangen vor einem Rattenschwanz von notwendigen und unnötigen Fragen dem Tag ihrer Aufnahme in die Partei entgegensehen. Die Grundorganisation Mechanik im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“ hatte z. B. die Aufnahme des Kandidaten R. nicht in der Parteileitungssitzung beraten. Sie stellte in der Mitgliederversammlung am 12. Mai 1954 die Aufnahme zur Diskussion, ohne sich vorher eine eigene Stellungnahme dazu zu erarbeiten. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Leitungsmitglieder